

MARGETSHÖCHHEIMER MITTE



die Liste für Umwelt und Natur

97276 Margetshöchheim, Mainstraße 1, Tel. 0931/26081973
... aktueller geht's nicht mehr: www.margetshoechheimer-mitte.de ...

Febr. 2018

-BLÄTTLE Nr. 120

Traditioneller MM-Aschermittwoch

„Rollmops mit Kunst“

am 14. Februar, ab 19.00 Uhr

(AWO-Raum der Margarethenhalle)

Für die musikalische Unterhaltung mit Jazz und Swing haben wir das Duo Clarino mit Matthias Ernst und Hyun-Bin Park aus Süd-Korea engagiert.

Ursula Bienmüller sorgt mit kunstvollen Quiltarbeiten dafür, dass das Auge nicht zu kurz kommt.

Das MM-Team versorgt Sie u.a. mit Biowein, Ökobier, Fisch- und Käsebrötchen und aktuellen Informationen.



Bedenklicher Rechtsruck

Peter Etthöfer

Das kann böse enden

Wir leben in Margetshöchheim zwar nicht auf der Insel der Glückseligen, können aber doch weitgehend zufrieden sein. Unser Ort verfügt über eine schöne Landschaft, eine weitgehend intakte Umwelt, einen sehenswerten Altort, eine gute Verkehrsanbindung, ein vielseitiges Vereinsleben, einen sozial eingestellten Bürgermeister und einen kooperativen Gemeinderat. Selbst die Sicherheitslage kann man als gut bezeichnen, wenn man einmal von der Autokratzerorgie absieht, die unsere Region betroffen hat.

Und trotzdem gibt es genug Gründe, um besorgt in unsere Zukunft und die unserer Kinder zu blicken. Die Ursachen sind allerdings nicht im Ort zu suchen, sondern im weltweiten Trend zu Nationalismus, Rassismus, Rechtsradikalismus und Intoleranz, gepaart mit Dummheit und Ignoranz. Das fängt in Polen, der Türkei und Ungarn an und endet noch lange nicht im Weißen Haus. Auch Deutschland, besonders die neuen Bundesländer, reihen sich hier ein. Auch Bayern mit seiner christsozialen Staatspartei hat hier keine weiße Weste. Es hat in Deutschland schon einmal ins Unheil geführt, dass die Rechtskonservativen gemeint haben, sie könnten den Rechtsradikalen das Wasser abgraben, wenn sie selbst nach rechts rücken. Jeder, der nur einen Funken Verstand hat, müsste wissen, dass all das über kurz oder lang nicht nur zu Unfrieden, sondern zu Krieg und Chaos führen kann. Schließlich gibt es in jedem Volk genügend Dummköpfe, die meinen, sie wären etwas Besseres, wenn sie gegen Menschen anderen Glaubens, anderer Nationalität oder anderer Meinung Stimmung machen oder gar gewalttätig werden. Deshalb sollten alle, denen Freiheit und Menschlichkeit etwas bedeuten, Flagge zeigen und sich für diese Werte engagieren.

Altortpreise für 2017 verliehen

Preise für vorbildliche Sanierung im Altort

Vor 22 Jahren hatte die MM im Gemeinderat die Einführung eines Altortpreises für gelungene Sanierungsmaßnahmen bei historischer Bau-

substanz beantragt. Da sie damals im Gemeinderat auf wenig Gegenliebe stieß, vergab sie zwei Jahre später (1998) selbst einen "Altortkulturpreis", den sie im Rahmen ihrer alljähr-

lichen Veranstaltung "Kultur pur" über Jahre hinweg für gelungene Sanierungen verlieh.

Nach einem erneuten Anlauf der MM 2006 führte die Gemeinde schließlich einen Altortpreis für die Kategorien "Komplettsanierung", "Teilsanierung" und "Detailsanierung" ein.

Altortpreis Komplettsanierung

Den Preis für die Komplettsanierung erhielt in diesem Jahr Roger Horn, der es zusammen mit seinem Architekten Sebastian Baumeister schaffte, aus einem verschachtelten unscheinbaren Gebäude mit maroder Bausubstanz in der Dorfstraße 24 ein Schmuckstück im Altort zu machen, das eine echte Bereicherung der Dorfstraße und ein Hingucker wurde.

Hoffentlich findet es viele Nachahmer, die wie Roger Horn bereit sind, ein altes Gebäude, das wohl mit zur ältesten Bausubstanz im Ort zählt, aus dem Dornröschenschlaf zu wecken und dafür auch tief in die eigene Tasche zu greifen, ohne nur auf kurzfristige finanzielle Rendite zu schielen.



Roger Horn hat das Haus unter strikter Beachtung der Gestaltungssatzung der Gemeinde innen wie außen komplett saniert, so dass es den Bewohnern einen ausgezeichneten Wohnwert bietet.

Altortpreis Teilsanierung

Gabi und Georg Burkard schufen aus dem historischen Geburtshaus von Georg Burkard in der Schmiedsgasse 4, das bereits im Urkataster zu finden ist und also mindestens 200 Jahre alt ist, nicht nur ein Schmuckstück für die Schmiedsgasse. Sie traten vielmehr mit erheblichem finanziellen Aufwand und viel Eigenleistung den Beweis an, dass es durchaus möglich ist, im Altort ein Haus so zu sanieren, dass es sich mit seiner Wohnqualität nicht vor einem Neubau verstecken muss.

So wurde das Haus im Inneren generalsaniert, Fenster, Hauseingangstüre und Hoftor erneuert. Die Dachliegefenster wurden rückgebaut und durch Dachgauben ersetzt, wie es die Altortsatzung vorschreibt. Für die energetische Sanierung sorgten u.a. die Vollwärmedämmung und der Außenputz.



Ein Glücksfall war, dass Georg Burkard sein umfassendes berufliches Wissen einbringen konnte. Dass ihm die Altortsanierung am Herzen liegt, hat er lange Jahre als Mitglied im Bauausschuss des Gemeinderates unter Beweis gestellt, wo er die kommunale Arbeit äußerst kompetent bereichert hat. Sein Ausscheiden aus dem Gemeinderat war ein Verlust für die Margetshöchheimer Kommunalpolitik.

Altortpreis Detailsanierung

Elli Pauli hat mit Unterstützung ihres Schwiegersohns wesentliche Teile ihres Elternhauses in der Erlabrunner Straße 25 fachgerecht sanieren lassen. In dem früheren landwirtschaftlichen Anwesen wurden die Kellerfenstergewände und die Natursteintreppe im Hof erneuert. Diese Maßnahme ist auch deswegen bedeutungsvoll, da ihr Haus zu den wenigen in der Erlabrunner Straße gehört, die nicht überbaut und durch nachträgliche Eingriffe verunstaltet wurden.



... MM-koMMunal ... MM-koMMunal ... MM-koMMunal ...

Endspurt im Rathaus

Da im vergangenen Jahr die wesentlichen Arbeiten beim barrierefreien Ausbau und der energetischen Teilsanierung abgeschlossen wurden, stehen Anfang des Jahres noch einige Restarbeiten auf der Agenda, so zum Beispiel die Fertigstellung des Treppeneingangs im Rathaushof, der aus dem bisherigen Dornröschenschlaf erweckt werden und als „Veranstaltungseingang“ zum Sitzungssaal und zum großen Rathaussaal fungieren soll. Weiterhin müssen an der Südfassade Nachbesserungen vorgenommen werden.

Wie bei einem so umfangreichen Bauvorhaben, bei dem in erheblichem Umfang Technik verbaut wurde, nicht anders zu erwarten, läuft nicht immer alles nach Plan. So gibt es besonders mit der Türautomatik im ersten Stock noch Probleme. Bei einem „Tag der offenen Rathaustüre“ im zeitigen Frühjahr können Sie sich selbst im runderneuerten Rathaus umsehen.

Wann kommt der neue Steg?

Nachdem der Planfeststellungsbeschluss für den neuen Mainsteg bereits für spätestens Anfang September erwartet worden war, wurde der Beschluss nun am 18.1.18 der Gemeinde Margetshöchheim zugestellt. Nach einer 14tägigen Auslegungsfrist ist der Planfeststellungsbeschluss damit Anfang Februar rechtskräftig, falls keine Einwände geltend gemacht wurden.

Dann ist aber noch lange nicht sicher, dass noch 2018 mit dem Stegbau begonnen werden kann. Erst muss die Projektförderung in der Obersten Baubehörde geprüft und entschieden werden, im günstigsten Fall wird da mit einer Verfahrensdauer von 3-4 Monaten gerechnet, wobei dieser Zeitansatz mit aller Vorsicht zu bewerten ist. Vor der Bewilligung durch die

Oberste Baubehörde darf die eigentliche Baumaßnahme nicht ausgeschrieben oder vergeben werden. Lediglich die Rodungsmaßnahmen zur Freiräumung des Arbeitsfeldes dürfen vorab erfolgen.

Bei optimalem Verlauf dürfte das Bewilligungsverfahren bis Mitte 2018 laufen, mit der EU-Ausschreibung dürfte frühestens im Herbst 2018, mit dem Baubeginn wohl erst im folgenden Frühjahr zu rechnen sein.

Heißes Eisen Straßenausbaubeiträge

Wenn es ums Geld geht, hört bekanntlich die Freundschaft oder zumindest der Spaß auf. Das gilt natürlich besonders dann, wenn es um viel Geld geht. Etwa wie bei den Straßenausbaubeiträgen, wo es schnell um einige tausend Euro oder in manchen Orten auch um deutlich mehr gehen kann. Diese Beiträge darf man nicht mit den Erschließungskosten verwechseln, die immer dann fällig werden, wenn aus der grünen Wiese ein Baugebiet wird, mit Straßen, Strom-, Gas- und Wasserleitungen für die zukünftigen Häuser. Auch da kommt es hin und wieder zu Streitigkeiten über die Höhe dieser Kosten. Generell wird aber wohl kaum jemand bestreiten, dass es durchaus gerecht ist, dass die Bauherren für die von ihnen genutzte Infrastruktur zur Kasse gebeten werden.

Sogenannte Straßenausbaubeiträge werden meist erst dann fällig, wenn die Straßen nach Jahrzehnten von Grund auf erneuert werden müssen oder eine grundlegende Verbesserung für die Anlieger eintritt. Sie wurden also nicht fällig, wenn z.B. wie vor einigen Jahren im Lerchenweg nur die obere Asphaltsschicht abgefräst und durch eine neue ersetzt wurde.

Wenn jedoch der Straßenbelag samt Unterbau erneuert wird und vielleicht noch die Versorgungsleitungen saniert werden, dann wurden die Straßenausbaubeiträge fällig. In welcher Höhe, das ist eine Wissenschaft für sich. Einzelheiten findet man in der Straßenausbausatzung auf der Homepage der Gemeinde: Vereinfacht ausgedrückt zahlt (oder zahlte?) man je nach dem Umfang der Nutzung durch die Anlieger mehr oder weniger. Bei einer Hauptverkehrsstraße weniger und bei einer reinen Anliegerstraße mehr.

Bislang gab es solche Totalsanierungen nur in der oberen Birkachstraße und in der Mainstraße zwischen der Falken- und der Ludwigstraße. Momentan läuft so eine grundlegende Sanierung in der Mainstraße zwischen der Ludwigstraße und dem Rathaus. Bei der oberen Birkachstraße war die Totalsanierung mit Sicherheit mehr als angebracht, da der dortige Kanal vollkommen desolat war und der Gehsteig diesen Namen nicht verdiente.

Man muss zur örtlichen Situation festhalten, dass die Gemeinde bislang keine Luxussanierungen in Auftrag gegeben hat. Und wenn, wie etwa jetzt in der Mainstraße, zum Beispiel teureres Pflaster statt eines Asphaltbelags verbaut werden soll, dann trägt die Gemeinde die Mehrkosten, die dadurch entstehen. In anderen Orten ist dies keine Selbstverständlichkeit.

Jahrzehntlang waren die Gemeinden durch die Gesetzgebung des Freistaats mehr oder weniger gezwungen, Straßenausbaubeiträge von den Anliegern zu verlangen. Wegen zunehmender Bürgerproteste hat man in Bayern diese Praxis etwas aufgeweicht, indem in zusammenhängenden Gebieten nicht nur die direkten Anlieger, sondern auch die restlichen Haubesitzer zur Kasse gebeten werden konnten. Die Regelung war allerdings so bürokratisch überladen, dass kaum eine Gemeinde diesen Weg beschritten hat. Das Hauptproblem wurde dadurch kaum abgemildert, da nicht alle Nutzer, sondern lediglich die Hauseigentümer und nur die in einem bestimmten Bereich belastet wurden.

Jetzt haben die Freien Wähler kurz vor der Landtagswahl die CSU mit einem geplanten Volksbegehren zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in Zugzwang gebracht. Demnach soll die Sanierung der Straßen in Zukunft vom Freistaat finanziert werden. Angesichts der Wahlen und der herben Verluste bei der Bundestagswahl rudert die CSU nun zurück, und die

Kommunen sollen nun mit finanzieller Unterstützung des Freistaats für die Straßenausbaucosten allein aufkommen. In den nächsten Monaten wird man sehen, was im Landtag nun tatsächlich beschlossen wird und wer in welchem Umfang für die Kosten aufkommen muss.



Die Gemeinde hat bereits Konsequenzen gezogen. Für die momentane Baumaßnahme werden wegen der unsicheren Rechtslage die bisher üblichen Vorauszahlungsbescheide nicht versandt.

Brandschutzkonzept für die Schule?

Mittlerweile sind die Vorplanungen für die Generalsanierung unserer Schule weitgehend abgeschlossen. Man kann aufgrund der momentanen Preissteigerungen von Kosten in Höhe von über 20 Millionen Euro ausgehen. Abzüglich der förderfähigen Kosten müssten die beteiligten Gemeinden Margetshöchheim, Erlabrunn, Leinach und Zell in etwa 12 Millionen Euro selbst aufbringen. Den Löwenanteil hierbei hätte unsere Gemeinde zu stemmen, da wir auch die meisten Schüler stellen. Die erhoffte 90%ige Förderung durch ein Bundesprogramm können wir uns abschminken, da die Gemeinde dazu finanziell trotz aller Belastungen noch zu gut da steht.

Ob die Generalsanierung erfolgen wird, liegt nun in der Hand der Gemeinderäte der beteiligten Gemeinden. Klar ist, sollte eine Gemeinde nicht mitmachen wollen, so wird es den Schulverband und damit auch die Mittelschule nicht mehr geben. Unsere Grundschule wird in jedem Fall weiterbestehen. Abstimmungen, Planung und Umsetzung der Generalsanierung werden sicherlich mehr als sechs Jahre benötigen, so dass es jetzt gilt, vorhandene Mängel beim Brandschutz zu beseitigen. Dies betrifft in erster Linie den ersten Rettungsweg, der momentan leider nicht frei von Gefahren ist. Hier gibt es aktuell zwei Probleme. Zum einen sorgen fehlende Rauchschutztüren dafür, dass sich Rauchgase im Falle eines Brandes ungehindert in der Schule verbreiten können. Zwar könnte die Feuerwehr mit Atemschutzgeräten in die Klassenzimmer gelangen, die Kinder aber nicht über den vorgesehenen Rettungsweg aus der Schule, falls dieser verrauchert ist. Zum anderen hängen

die Schüler momentan ihre Jacken an die Garderoben, welche in den Fluren angebracht sind. Dies stellt im ersten Rettungsweg eine nicht zu unterschätzende Brandlast dar – für Schüler wie für Feuerwehrleute. Problematisch ist dies vor allem dort, wo kein zweiter Rettungsweg vorhanden und aufgrund der Höhe und der Lage der Klassenzimmer auch keine Rettung über die Fenster möglich ist. Daher hat der Schulverband nun im Dezember beschlossen, dass 80.000 Euro für die Verbesserung des Brandschutzes verwendet werden sollen. Mit dieser Summe können dringend notwendige Rauchschutztüren eingebaut werden. Deshalb findet laut Bürgermeister Brohm nun Ende Januar eine Begehung mit dem Brandschutzplanungsbüro Renninger in der Schule statt. Die Türen, die zwischen 15.000 und 20.000 Euro kosten, sollen ja auch am richtigen Ort eingebaut werden. Mit dem Problem der im Rettungsweg hängenden Jacken will sich die Schulleitung beschäftigen. Hierbei gibt es die Möglichkeit, die Jacken in die Klassenzimmer zu hängen, einen eigenen Raum als Garderobe zu verwenden oder brandschutzsichere Spinde anzuschaffen.

Die genannten Gefahren sind mittlerweile seit über einem Jahr bekannt, so dass man nur hoffen kann, dass deren Beseitigung zügig erfolgen wird.

Immer topaktuell

Wer tagesaktuell über die wichtigsten Vorgänge in der Gemeinde, z.B. über die Verkeimungssituation im Wasser oder über andere interessante Details wie die Vergabe der Gemeindebauplätze Birkäcker informiert sein will, muss im Internet nur die MM-Website aufrufen: www.margetshoechheimer-mitte.de. Unter der Rubrik „Was gibt's Neues“ finden Sie jeden Tag die aktuellen Einträge.

Muss der Kindergarten erweitert werden?

Früher hatte Margetshöchheim hinter der Kirche auf dem Klostergelände einen Kindergarten. Als dann schlagartig ein großes Baugebiet (Zeilweg) ausgewiesen wurde, kamen viele junge Familien mit Kindern in den Ort, und der Kindergarten platzte aus allen Nähten, so dass man im Zeilweggebiet einen zweiten Kindergarten baute. Kaum war der fertig, waren die Kinder aus dem Kindergartenalter heraus, und der alte Kindergarten wurde geschlossen.

Neuerdings ist der Kindergarten wieder zu klein, so dass eine Notgruppe im Turnraum einquartiert wurde. Das liegt an der höheren Geburtenrate, aber auch daran, dass immer mehr berufstätige Eltern ihre Kinder in den Kindergarten schicken. Die Gemeinde muss sich deshalb schleunigst überlegen, ob sie den Kindergarten erweitert oder einen neuen baut, zumal auch die immer noch nicht betriebsbereite Kinderkrippe zu klein wäre, falls der Geburtentrend anhält.

Wann kann die Chlorung eingestellt werden?

Seit dem Sommer gibt es im oberen Hochbehälter der Wasserversorgung Verkeimungsprobleme, so dass das Wasser im Oberort nur ge-



chlort abgegeben werden darf. Die Hochbehälter haben die Aufgabe, die Trink- und Löschwasserreserve für das Ortsgebiet und den nötigen Wasserdruck zu gewährleisten. Am Ende der Bebauung in der Oberen Steigstraße liegt der untere (alte) Hochbehälter, der das Ortsgebiet unterhalb der Staatsstraße versorgt. Da das Neubaugebiet Zeilweg höher am Hang liegt, war ein zusätzlicher Hochbehälter in der Verlängerung der Oberen Steigstraße auf Höhe des ehemaligen Schweinestalls erforderlich. Von den Brunnen in der Sandflur wird das Trinkwasser durch das Ortsnetz in die beiden Hochbehälter gepumpt. Dort kommt all das Wasser an, das nicht unterwegs verbraucht wird.

Nach der alle paar Jahre obligatorischen Reinigung der Hochbehälter wurden im Juni 2017 im oberen Hochbehälter Keime festgestellt. Die Verkeimung trat im Hochbehälter selbst auf. Das Wasser in den beiden Sandflurbrunnen und im unteren Hochbehälter war und ist einwandfrei. Deshalb wird das Wasser für den Unterort auch nicht gechlort. Das Problem war übrigens bereits bei der letzten Reinigung vor einigen Jahren aufgetreten. Damals war die Verkeimung nach einer kurzzeitigen Chlorung behoben.

Diesmal konnten und können die Keime zwar durch die Chlorung praktisch beseitigt werden, sie steigen jedoch wieder an, sobald die Chlorung abgesetzt wird. Bereits im Sommer war eine Fachfirma vor Ort, die jedoch nicht eindeutig die Ursache im Hochbehälter lokalisieren konnte. Man geht jedoch davon aus, dass die Ursache wahrscheinlich im schadhaften Beton des Hochbehälters zu suchen ist. Zwischenzeitlich wurde ein Ingenieurbüro beauftragt, ein Sanierungskonzept für die beiden Hochbehälterkammern zu erstellen.

Im Prinzip gibt es zwei Sanierungsmöglichkeiten. Entweder wird der Beton saniert und mit einer Beschichtung abgedichtet. Oder in die je 250 cbm fassenden Kammern des Hochbehälters werden Wannen aus Edelstahl oder Kunststoff eingebaut. Dies wäre äußerst aufwendig und kostspielig, da dann das Betondach entfernt und anschließend wieder aufgebaut werden müsste.

Letzteres wird im Rathaus und bei der technischen Betriebsführung, der Energie, favorisiert. Die MM tendiert zur Beschichtung der Kammern, was schneller und wesentlich kostengünstiger zu realisieren wäre. Wir gehen davon aus, dass auch das Ingenieurbüro diese Lösung bevorzugen wird. Damit wäre gewährleistet, dass die Chlorung früher eingestellt werden könnte.

Weiterhin Nitratprobleme

Wie bereits in der letzten Ausgabe ausführlich berichtet, liegen derzeit die Nitratwerte im Margetshöchheimer Trinkwasser sehr knapp unter dem Grenzwert. Deshalb ist die Gemeinde Margetshöchheim natürlich bemüht, die Ursachen des Nitratanstiegs zu ermitteln.

Leicht ist dies allerdings nicht, da in Unterfranken aus geologischen und klimatischen Gründen selbst bei ordnungsgemäßer Landwirtschaft mit relativ hohen Nitratwerten im Grundwasser zu rechnen ist. Das liegt einmal an den klüftigen, durchlässigen Muschelkalkböden, durch die das nitratbelastete Sickerwasser schnell ins Grundwasser gelangt. Vor allem aber auch an den geringen Niederschlägen im unterfränkischen Trockengebiet, so dass das nitratbelastete Sickerwasser nicht durch das Regenwasser "verdünnt" wird. Angesichts dieser "Grundbelastung" mit Nitrat muss natürlich jede weitere Maßnahme, die Nitrat freisetzt, zu einer Verschärfung der Nitratsituation führen.

Der Anstieg der Nitratwerte seit dem Frühjahr letzten Jahres ist nach unserer Einschätzung aber nicht darauf zurückzuführen, dass die Landwirte mehr als in den Vorjahren gedüngt hätten. Im Vorfeld unserer Brunnen gibt es drei sog. Vorfeldmessstellen, die bis in den Muschelkalk reichen. Aus diesen kann Grundwasser beprobt werden, das aus den Hangbereichen und von der Hochfläche stammt, also aus weitgehend landwirtschaftlich genutzten Bereichen, aus denen etwa 90 % unseres Wassers kommt. Im Laufe der letzten 15 Jahre ging die Nitratbelastung aus diesen Messstellen zwar langsam, aber doch merklich zurück, was wohl auch auf verstärkte Flächenstilllegungen zurückzuführen ist.

Der Nitratanstieg im letzten Jahr könnte möglicherweise vom Umbruch langfristig stillgelegter landwirtschaftlicher Flächen herrühren. Zumindest gehen alle Fachleute davon aus, dass dadurch erhebliche Mengen Nitrat freigesetzt werden. Die höhere Nitratbelastung könnte aber auch von den fehlenden Niederschlägen der letzten Jahre – vor allem in den Winterhalb-



jahren - oder von beiden Ursachen hervorgerufen werden. In den letzten Monaten gab es zwar erstmals wieder mehr Niederschläge. Ob sich das allerdings schon auf den Grundwasserspiegel ausgewirkt hat und zu einer Verringerung der Nitratwerte geführt hat, ist zweifelhaft. Es kann durchaus auch sein, dass durch die Niederschläge im Boden vorhandenes Nitrat noch schneller ins Grundwasser ausgewaschen wird.

Um nicht nur auf Spekulationen angewiesen zu sein, hat die Gemeinde Margetshöchheim im Spätherbst Bodenproben auf vier umgebrochenen Flächen bis zu einer Tiefe von 90 cm veranlasst und auf den Nitratgehalt überprüfen lassen. Um eine Vergleichsmöglichkeit zu haben, wurde auch eine normal bewirtschaftete landwirtschaftliche Fläche und eine langjährige Grünlandfläche (letztere im Sandflurgebiet) beprobt. Der Gemeinde ging es bei diesen Bodenproben nicht darum, "Umweltsünder" zu ermitteln oder gar an den Pranger zu stellen. Es ging einzig und allein darum, abschätzen zu können, wieviel Nitrat noch auf die Brunnen zuwandert. Die Ergebnisse waren überraschend: Wie nicht anders zu erwarten, fand man unter der Grün-

landfläche, die von der Gemeinde seit langem angepachtet ist, mit 16 kg Nmin/ha die geringsten Stickstoffwerte. Bei den anderen von Landwirten umgebrochenen oder bewirtschafteten Flächen darf die Gemeinde aus Datenschutzgründen keine genauen Angaben veröffentlichen. Wir glauben allerdings, dass es auch im Sinne der Landwirte ist, wenn wir hier feststellen, dass die mineralisierten Stickstoff-Werte auf diesen Flächen zwar höher als bei Grünland, aber überraschend und erfreulich niedrig waren. Daraus kann man eigentlich nur zwei Schlüsse ziehen: Entweder wurde durch den Umbruch deutlich weniger Nitrat freigesetzt, als eigentlich alle Fachleute feststellen und erwarten. Oder das freigesetzte Nitrat wurde bereits in tiefere Schichten ausgewaschen und ist auf dem Weg ins Grundwasser. Welche Annahme nun die richtige ist, könnte man allenfalls durch aufwendige Tiefenbohrungen ermitteln, was nicht nur kostspielig ist, sondern uns auch nicht weiterbringt, da nach ersten überschlägigen Berechnungen eines namhaften Instituts selbst bei maßvoller Wirtschaftsweise der Nitratmenge im Sickerwasser bei 45 kg/ha und damit im für das Trinkwasser kritischen Bereich liegen dürfte.

Die Konsequenz könnte eigentlich nur sein, bei der Bewirtschaftung der Flächen noch weniger zu düngen, was allerdings zwangsläufig zu Ertragseinbußen führen wird, die man schon aus rechtlichen Gründen, aber auch aus Gründen der Gerechtigkeit ausgleichen muss. Hierzu ist die Gemeinde ohne Wenn und Aber bereit, was sie bereits mehrmals erklärt hat. Da die Gemeinde verständlicherweise weder auf dem Gebiet der Landbewirtschaftung noch im Gestrüpp der landwirtschaftlichen Förderrichtlinien kompetent ist, hat sie mit einem bei der Landwirtschaft wie auch bei den zuständigen Stellen in der Regierung von Unterfranken geachteten und geschätzten Fachmann Kontakt aufgenommen. Der wäre bereit, die Landwirte zu beraten und sie zu unterstützen. Die Gemeinde wird nun versuchen, zeitnah die Landwirte und den Fachmann an einen Tisch zu bringen, um eine für die Landwirte und die Allgemeinheit der Wasserverbraucher befriedigende Lösung zu erreichen, damit die Bürgerinnen und Bürger mit einwandfreiem Trinkwasser beliefert werden können.

Abschließend ist festzustellen: Der Umbruch von langfristig stillgelegten Flächen ist mit Sicherheit für das Trinkwasser nicht unproblema-

tisch. Der bundesweit verstärkte Umbruch kann aber nicht den Landwirten angelastet werden. Ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs und die Empfehlungen des Bauernverbands und großer Teile der Landwirtschaftsbürokratie (vor allem auch der Ministerien) sind die eigentlichen Verursacher der misslichen Situation. Inzwischen gibt es durchaus Möglichkeiten, solche Umbrüche zu vermeiden. Dazu braucht man jedoch nicht nur eine gehörige Portion guten Willen, sondern auch eine fachlich hochwertige Beratung, um im Gestrüpp der landwirtschaftlichen Förderprogramme eine Lösung zu finden, die für Bewirtschafteter und Wasserversorger gleichermaßen eine befriedigende Lösung ermöglicht. Positiv ist, dass offensichtlich zumindest ein Teil unserer Landwirte zu dem Informationstermin bereit sind.

Zur Nitratbelastung tragen übrigens auch je nach Nutzung die Haus- und Kleingärten im bebauten Teil des Wasserschutzgebiets bei. Die Gemeinde hat deshalb vor einigen Monaten im Gemeindeblatt hierzu Informationen veröffentlicht. Betroffen sind vor allem die Eiwo, das Zeilweggebiet, der westliche Teil der Bruno-Siedlung und die Thoma-Rieder-Straße.

Ligusterhecke am RÜB 5

Die Abwasserpumpstation am Ortsende des Radwegs nach Erlabrunn ist sicher keine Sehenswürdigkeit. Da das Gelände dem Abwasserzweckverband gehört und das Betonbecken des Regenüberlaufbeckens (RÜB) auch kaum aufgehübscht werden kann, hatte die MM als kostengünstige und umweltfreundliche Lösung vorgeschlagen, vor den Zaun eine Ligusterhecke zu pflanzen.

Dies übernahmen Mitglieder des Gemeinderats und des Bauhofs.



Was halten unsere Straßen aus?

Der Verkehr mit tonnenschweren Langholztransportern aus dem Staatsforst über die Bachwiesenstraße und die beabsichtigte Total-

sanierung von Straßen in der Brunosiedlung hat bei Anwohnern immer wieder zu der Frage geführt: „Was hält unsere Straße aus?“ bzw. „Muss unsere Straße wirklich teuer totalsaniert werden?“

Deshalb hat die Gemeinde die Bachwiese, Straßen in der Brunosiedlung und den Radweg zwischen Steinernem Weg und dem Sportplatz auf ihre Belastbarkeit untersuchen lassen. Letzteres vor allem, weil der Radweg zur Zeit und beim Bau des Mainstegs wohl vor allem von Baufahrzeugen befahren werden wird.

Das Ergebnis war überraschend. Obwohl vor einigen Jahren die Bachwiese im hinteren Bereich zum Graben hin abgesichert und erneuert werden musste, bestehen nach dem Gutachten angeblich keine Tragfähigkeitsprobleme und kein Handlungsbedarf. Die Sanierungsarbeiten vor einigen Jahren hingen wohl vor allem mit der mangelnden Absicherung am Grabenrand zusammen.

Auch alle anderen untersuchten Straßen wie der Radweg am Main und der Schwalbenweg sollen nach dem Gutachten noch eine Restnutzungsdauer von 20 Jahren haben. Lediglich der Finkenweg hat nur noch eine prognostizierte Lebensdauer von 13,6 Jahren. Damit entfällt auch die Begründung für eine Totalsanierung, was wohl für die Zukunft nicht mehr von Bedeutung ist, da mit ziemlicher Sicherheit die Straßenerneuerungskosten nicht mehr direkt auf die Anlieger umgelegt werden.



In aller Kürze

Das **Altortpreisschild**, das die Gemeinde jedes Jahr für die beispielhafte Komplett-sanierung eines Objekts im Altort vergibt, wurde in der Dorfstraße 46 bereits zweimal entwendet.

Die Bauabschnitte I und II für das **Grill- und Freizeitgelände** im Süden Margetshöchheims konnten im Herbst nicht ganz fertiggestellt werden. Die Bauarbeiten dürften im zeitigen Frühjahr abgeschlossen werden. Die Kosten für die ersten beiden Bauabschnitte dürften inklusive Grundstückskosten mindestens 230.000 € betragen. Wegen der Entsorgung von kontaminiertem Aushub könnten es noch mehr werden.

Da Bürgermeister Brohm angekündigt hat, noch heuer einen weiteren Bauabschnitt ver-

wirklichen zu wollen, könnten die Gesamtkosten bei über 300.000 € liegen, was bei vielen im Ort zu Kopfschütteln führt.

Die Gemeinde bemüht sich seit längerem darum, im Altort wieder eine **Gaststätte** anzusiedeln. Deshalb hat sie in der Mainstraße ein Grundstück erworben und einen mit dem Ort verbundenen Investor gefunden, der bereit ist, mit erheblichem Aufwand, in der Mainstraße eine Gaststätte für alle Margetshöchheimer zu schaffen. Nachbarklagen erschweren derzeit die Realisierung des Projekts. Trotzdem wurde bereits mit den ersten Vorarbeiten begonnen.

Immer mehr Gemeinden verbieten die **Glyphosatanwendung** auf verpachteten Gemeindeflächen. Meist handelt es sich um demonstrative Beschlüsse, da die Flächen der Kommunen meist langfristig verpachtet sind. Das trifft auch auf Margetshöchheim zu, wo die Gemeindeflächen auf viele Jahre hinaus verpachtet sind.

Nach der Wiedereröffnung im Herbst hat **Tegut** nach einer **Benefizaktion** für den Kindergarten einen Scheck in Höhe von 500 € an die Kindergartenleiterin überreicht. Die Main-Post, die sonst manche unwichtige Kleinigkeit bringt,



hat dies mit keiner Zeile gewürdigt. Zwischenzeitlich wurde auch der Gehweg zu Tegut fertiggestellt, an dem sich Tegut mit der Hälfte der Kosten beteiligt. Derzeit plant Tegut die Beteiligung an der staatlichen Schulmilchaktion für Schule und Kindergarten.